

Antrag

der Fraktion der Deutschen Partei

betr.: Sozialversicherung.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, eine Aufhebung der Sozialversicherungsdirektive 27 zu erwirken und ein Gesetz zur bundeseinheitlichen Regelung des Leistungsanspruchs der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen baldmöglichst vorzulegen.

Bonn, den 27. September 1949

Dr. Mühlendorf Kalinke
und Fraktion